

FLÜCHTLINGE UND MIGRATION

Asyl ist Bleiberecht auf Zeit. Durch Verfolgung und wirtschaftliche Not in vielen Teilen der Welt verlassen Millionen Menschen ihre Heimat. Die Länder Europas und insbesondere Deutschland üben eine hohe Anziehungskraft als Ziel gewaltiger Wanderungsbewegungen aus Afrika und dem Nahen Osten aus. Bei aller Hilfsbereitschaft können wir diese Krise nicht durch dauerhafte Zuwanderung unter Berufung auf das Asylrecht bewältigen. Asyl ist ein Bleiberecht auf Zeit und muss es im Großen und Ganzen auch bleiben.

Daher fordern wir:

- Sicherung des Grenzschutzes an den Europäischen Außengrenzen
- Ausreichende Finanzierung der Deutschkurse für Migranten
- Gewalt im Islam darf kein Tabuthema sein
- Beendigung der Verschleierungsversuche in der Arbeitslosenstatistik
- Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes.
- Effektive und zügige Bearbeitung von Asylverfahren
- Neben einem schnelleren Abschluss der Asylverfahren ist ebenso die rasche Rückführung abgelehnter Asylbewerber erforderlich. Deshalb muss auch die Aufnahmebereitschaft sicherer Herkunftsländer gewährleistet werden. Dafür ist eine Intensivierung der Anstrengungen zur Erreichung von Rückführungsabkommen mit weiteren Ländern Afrikas und Asiens notwendig.
- Einrichtung von UN-Schutzzonen in Krisengebieten. Wir wollen uns auf internationaler Ebene für die von Experten geforderte Einrichtung von UN-Schutzzonen stark machen. Unter Führung der Vereinten Nationen muss die internationale Staatengemeinschaft in Krisengebieten künftig rasch geeignete Landstriche sichern, um den fliehenden Menschen vor Ort Sicherheit und eine Grundversorgung zu geben. Damit bleibt ihnen die lebensgefährliche Weiterflucht in Richtung Europa erspart.
- Volle Kostenübernahme der Integrationspolitik durch den Bund. Wir wollen, dass die Bundesebene vollumfänglich für die Kosten der Integration der Flüchtlinge aufkommt. Zahlreiche Kommunen in Deutschland sind ohnehin in finanzieller Not und dürfen nicht für das Chaos und Versagen auf der Bundesebene zur Kasse gebeten werden. Sie müssen ihre Aufgaben für ihre Bürger weiterhin wahrnehmen können.
- Integration durch Fordern und Fördern. Diejenigen Zugewanderten, die bei uns bleiben werden, sollen so gut wie möglich Integrationschancen in unsere offene Gesellschaft erhalten. Doch Integration ist keine Einbahnstraße. Damit sie gelingt, müssen wir die Zuwanderer fördern, aber auch ihre Bereitwilligkeit zur Integration einfordern. Der Erwerb der Sprache, die Bereitschaft sich für unseren Arbeitsmarkt nach zu qualifizieren, aber auch unsere liberale Gesellschaftsordnung anzuerkennen, gehören unweigerlich dazu.
- Gerechtigkeit bei den Gesundheitskosten für Asylbewerber. Wir wollen nicht, dass der Staat die Beiträge der gesetzlich Versicherten für die Finanzierung der Gesundheitskosten der Asylbewerber heranzieht. Momentan zahlt der Staat eine ungenügende Pauschale von 90 Euro an den Gesundheitsfonds für jeden Asylbewerber ohne Arbeitsplatz. Alle weiteren Kosten werden auf die gesetzlich Versicherten umgelegt. Wir wollen, dass diese Ungerechtigkeit zeitnah beendet wird und die Gesundheitskosten voll und ausschließlich vom Staat und nicht von den allgemeinen gesetzlichen Krankenkassen zu finanzieren sind.